

mit Schwerpunkt **M&A Report**

## Steuerreform 2008: Gewinner und Verlierer im deutschen Mittelstand

*Der Mittelstand hatte im vergangenen Jahr vollen Anteil am dynamischen Aufschwung der deutschen Wirtschaft. Auch 2007 können die kleinen und mittleren Unternehmen auf weiteren konjunkturellen Rückenwind bauen. Dies zeigt der MittelstandsMonitor 2007 der KfW Bankengruppe, des IfM Bonn, des RWI Essen, des ZEW und des Verbands der Vereine Creditreform. Der gemeinsame jährliche Bericht behandelt schwerpunktmäßig die Themen Internationalisierung des Mittelstands und Mittelstand und Unternehmenssteuerreform.*

kommens aufbringen. Die effektive Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften ist in Deutschland im europäischen Vergleich mit am höchsten. Bezieht man die Anteilseignerseite mit ein, das heißt die Besteuerung der dem Unternehmer zufließenden Gewinne, dann verbessert sich Deutschland auf einen Platz im hinteren Mittelfeld.

Für den MittelstandsMonitor 2007 hat das ZEW jetzt Simulationsrechnungen zu den Auswirkungen des Reformkonzepts der Bundesregierung (Tarifsenkung, Verringerung von Anreizen zum Gewinntransfer ins Ausland) auf die Steuerbelastung repräsentativer mittelständischer Modellunternehmen durchgeführt. Klares Ergebnis dabei ist, dass die vorgesehenen Maßnahmen bei mittelständischen Kapitalgesellschaften zu einer steuerlichen Entlastung führen würden. Sie wären die größten Gewinner der geplanten Unternehmenssteuerreform. Profitieren würden vor allem die Unternehmen, für die auf-

Tarifbelastung im Fall deutscher Personengesellschaften

	Durchschnittseinkommen		Spitzeneinkommen	
	Pers.gesellschaft vor der Reform	Pers.gesellschaft nach der Reform	Pers.gesellschaft vor der Reform	Pers.gesellschaft nach der Reform
Gewinn	100,00	100,00	100,00	100,00
- Gewerbesteuer (Hebesatz 400%)	16,67	14,00	16,67	14,00
= Gewinn nach Gewerbesteuer	83,33	86,00	83,33	86,00
- Einkommensteuer	25,00 (30%)	30,00 (30%)	35,00 (42%)	45,00 (45%)
+ Gewerbesteueranrechnung	7,50 (180%)	13,30 (380%)	7,50 (180%)	13,30 (380%)
- Solidaritätszuschlag	0,96	0,92	1,51	1,74
= Gewinn nach Steuern	64,87	68,38	54,31	52,26
<b>Steuerbelastung</b>	<b>35,13</b>	<b>31,62</b>	<b>45,68</b>	<b>47,44</b>

Quelle: Berechnungen des ZEW

Im Jahr 2006 trug die Binnennachfrage wieder stärker zum Wirtschaftswachstum bei. Das kam den vergleichsweise stark auf die heimischen Märkte ausgerichteten kleinen und mittleren Unternehmen besonders zugute. Der MittelstandsMonitor geht davon aus, dass sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2007 weiter dynamisch entwickeln wird, auch wenn die Mehrwertsteuererhöhung den konjunkturellen Aufschwung vorübergehend dämpft.

Die internationale Ausrichtung der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland hat deutlich zugenom-

men. So exportieren mittlerweile gut 20 Prozent der Mittelständler, und binnen vier Jahren hat sich der Anteil der Mittelständler mit Direktinvestitionen im Ausland nahezu verdoppelt. Gleichzeitig steigt durch die Internationalisierung aber der Wettbewerbsdruck auf deutsche Mittelständler durch ausländische Anbieter auf inländischen Märkten. Hiervon sind ebenso die Betriebe betroffen, die nicht im Ausland aktiv sind.

Der deutsche Mittelstand dürfte schätzungsweise etwa die Hälfte und damit einen beachtlichen Teil des von Unternehmen geleisteten Steuerauf-

### IN DIESER AUSGABE

Steuerreform 2008: Gewinner und Verlierer im deutschen Mittelstand . . . . .	1
Finanzexperten: Gegensteuern bei Vermögenspreisblasen kaum möglich . . . . .	2
Betriebliche Ausbildung rentiert sich . . . . .	3
Baden-württembergische Unternehmen schätzen das Image ihres Standorts . . . . .	4
Wirtschaftspolitik aus erster Hand . . . . .	5
ZEW intern . . . . .	3, 6
Termine, Neuerscheinungen . . . . .	6
Daten und Fakten . . . . .	7
Standpunkt . . . . .	8

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

grund ihrer Größe oder Finanzierungsstruktur die Tarifsenkungen voll durchschlagen und vorgesehene Gegenfinanzierungsmaßnahmen (unter anderem Wegfall des Betriebsausgabenabzugs der Gewerbesteuer, Ausweitung der Hinzurechnung von Zinsen bei der Gewerbesteuer auf die Kurzfristzinsen, Abschaffung der degressiven Abschreibung) nicht greifen.

Während mittelständische Kapitalgesellschaften stets von einer Senkung der tariflichen Gewinnsteuersätze profitieren, ist dies für Personengesellschaften hingegen nicht der Fall. Diese profi-

tieren zwar teilweise von den verbesserten Anrechnungsmöglichkeiten der Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer. Durch den Wegfall der auf den Veranlagungszeitraum 2007 begrenzten Befreiung von der Reichensteuer für gewerbliche Einkünfte kann es beim Spitzensatz der Einkommensteuer aber sogar zu Mehrbelastungen kommen. Bei einem Gewerbesteuerhebesatz von 400 Prozent steigt die Tarifbelastung für Mitunternehmer bei Anwendung des maximalen Einkommensteuersatzes von derzeit 45,68 Prozent auf 47,44 Prozent (siehe Tabelle auf Seite 1).

Neben dem positiven Aspekt der Verbesserung der Standortattraktivität bei vielen Unternehmen des Mittelstands ist dennoch Kritik an der fehlenden Entscheidungsneutralität des Reformkonzepts der Bundesregierung zu üben. So kommt es zu einer Diskriminierung der Eigenkapitalfinanzierung, weshalb die Anreize für den Mittelstand, am Standort Deutschland Eigenkapital zu investieren, negativ beeinträchtigt werden.

Timo Reister, reister@zew.de  
Prof. Dr. Christoph Spengel, spengel@uni-mannheim.de  
Carsten Wendt, wendt@zew.de

## Finanzexperten: Gegensteuern bei Vermögenspreisblasen kaum möglich

**Falls der Verdacht einer Blasenbildung besteht, sollte die Zentralbank die Geldpolitik präventiv straffen.**

(Mehrfachantworten möglich, jeweilige Zustimmung in Prozent)

Nein, die Zentralbank kann ungerechtfertigte Preissteigerungen nicht besser identifizieren als der Markt.

29,5%

Nein, Blasen entstehen durch irrationalen Überschwang der Investoren, Geldpolitik wäre wirkungslos.

35,8%

Nein, dies würde mit Verzögerung wirken und die Konjunktur zusätzlich schädigen, wenn die Blase platzt.

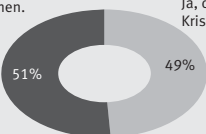
28,0%

Ja, Diagnose und Prävention sind möglich.

32,1%

**Die Geldpolitik sollte erst beim Platzen der Blase reagieren und zusätzliche Liquidität bereitstellen.**

Nein, dies schafft Anreize für Investoren, zu große Risiken einzugehen.



Ja, dies würde eine Krise abfedern.

Gesamtzahl der Antworten: 272

Quelle: ZEW

*Ein massiver Kurssturz wie Ende Februar an der Börse von Shanghai wirft die Frage auf, ob ein rechtzeitiges Gegensteuern durch Zentralbanken dem Entstehen von Vermögenspreisblasen an den Märkten entgegenwirken kann. Einer Befragung von rund 270 Finanzmarktexperten durch das ZEW im Februar 2007 zufolge hat ein solches Unterfangen wenig Aussicht auf Erfolg.*

Nach Ansicht von 68 Prozent der befragten Experten ist es wenig aussichtsreich, wenn die Zentralbank beim Entstehen einer Vermögenspreisblase mit leicht steigenden Zinsen gegensteuert. So sieht ein Teil der Befragten das Problem darin, dass Blasen durch irrationalen Überschwang der Investoren begründet sind und daher die Wirksamkeit geldpolitischer Maßnahmen gering ist. Ein anderer Teil der Befragten ist der Ansicht, Zentralbanken könnten ungerechtfertigte Preissteigerungen nicht besser identifizieren als alle anderen Marktteilnehmer und daher gar nicht im Voraus handeln. Ein weiterer Teil der Befragten denkt, selbst ein geringer Zinsanstieg von ein oder zwei Prozentpunk-

ten würde sich negativ auf Inflation und Konjunktur auswirken, während gleichzeitig massive Aktienkurssteigerungen dadurch kaum beeinträchtigt würden. Lediglich rund 32 Prozent der befragten Finanzexperten stimmen der Aussage zu, eine richtige Diagnose von Blasen oder eine geldpolitische Prävention seien möglich.

### Asymmetrische Reaktion

Eine andere Strategie für die Zentralbank ist es abzuwarten, bis die Vermögenspreisblase platzt. Sie könnte dann durch ein stärkeres Senken der Zinsen versuchen, die Konsequenzen des Platzens zu mildern. Über die Richtigkeit dieser Strategie sind sich die Experten nicht einig. Knapp die Hälfte würde ein solches Verhalten befürworten, die andere Hälfte sieht hingegen die Gefahr, dass das die Investoren zu unvorsichtigem und risikofreudigem Verhalten im Vorfeld verleiten könnte.

Weitere Informationen im Finanzmarktreport März 2007: <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/frep/032007.pdf>

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Betriebliche Ausbildung rentiert sich

Eine neue ZEW-Studie zeigt, dass viele deutsche Unternehmen im Durchschnitt die Ausbildungskosten bereits während der Ausbildungsphase durch die Produktivität der Auszubildenden abdecken können. Dies wirft ein neues Licht auf die Diskussion um die Ausbildungsmisere, die sich in den vergangenen Jahren verschärft hat. Üblicherweise wird davon ausgegangen, dass Unternehmen während der Ausbildung hohe Nettokosten zu tragen haben. Dies scheint für einen großen Anteil der Betriebe jedoch nicht zuzutreffen, wie aus der ZEW-Studie hervorgeht.

In diesem Ausbildungsjahr bekommt wie seit etlichen Jahren eine große Anzahl von ausbildungswilligen Jugendlichen keinen Ausbildungsplatz. Als Gründe werden in der öffentlichen Diskussion neben den starken Jahrgängen bei den Schulabgängern unter anderem zu hohe Ausbildungskosten oder eine zu geringe Bereitschaft der Betriebe, in Ausbildung zu investieren, genannt.

Bisher wurde auf der Basis von Unternehmensbefragungen – und somit subjektiven Einschätzungen der Unternehmen – argumentiert, dass ein Großteil der Betriebe in Deutschland in Ausbildung investiert. Das heißt es wurde davon ausgegangen, dass die Produktivität der Auszubildenden während

ihrer Lehrzeit geringer ist als deren Ausbildungskosten. Eine neue Studie des ZEW zeichnet nun ein anderes Bild: Eine Erhöhung des Anteils von Lehrlingen wirkt sich im Durchschnitt nicht negativ auf den Gewinn des Betriebs aus.

Die Studie misst den Einfluss einer Erhöhung des Anteils der Lehrlinge auf den Unternehmensgewinn im gleichen und im folgenden Jahr. Die Berechnungen sind auf der Basis von repräsentativ erhobenen mehr als 9.000 Unternehmensdaten und den Daten sämtlicher Beschäftigten in diesen Betrieben aus den Jahren 1997 bis 2003. Im Durchschnitt hatte eine Erhöhung des Lehrlingsanteils keinen Einfluss auf den Gewinn im gleichen Jahr und einen posi-

ven Effekt auf den Gewinn im Folgejahr. Dieses Ergebnis schließt jedoch nicht aus, dass eine Minderheit von Betrieben beziehungsweise einige ausgewählte Berufe höhere Ausbildungskosten verursachen, als mit der Produktivität der Auszubildenden ausgeglichen werden kann. Die Studie verweist somit darauf, dass für viele Betriebe zu hohe Lehrlingsvergütungen als Argument für eine Zurückhaltung bei der Ausbildung nicht stichhaltig sind.

Um mehr Betriebe dazu zu bringen, (stärker) in Ausbildung zu investieren, schlägt die Studie zwei Maßnahmen vor. Zum einen sollte sich der Anteil der Auszubildenden verringern, der gegen den Willen des ausbildenden Betriebs nach der Ausbildung den Arbeitgeber wechselt. Zum anderen sollten die Betriebe in die Lage versetzt werden, Fachkräften, die sie selbst ausgebildet haben, zumindest temporär einen niedrigeren Lohn zu zahlen, als ihrer Produktivität entspricht.

PD Dr. Thomas Zwick, zwick@zew.de

## ZEW INTERN

## ZEW-Klimaplatzform ermöglicht schnellen Zugriff auf Forschungsergebnisse zum Klimaschutz

Klimaschutz ist ein dynamischer Politikbereich mit Auswirkungen auf praktisch alle Bereiche einer Volkswirtschaft. Die Fülle von aktuellen Vorschlägen zur Klimaschutzpolitik zeigt jedoch, dass ökonomisch fundierte Lösungsansätze nur selten den Weg in die praktische Politik finden. Dies muss sich ändern, wenn die Europäische Union und damit Deutschland als führende Wirtschaftsregionen weiterhin einen erheblichen Beitrag zur globalen Reduktion von Treibhausgasen leisten wollen.

Das ZEW bietet auf seiner Klimaplatzform <http://klima.zew.de> einen schnellen und inhaltlich strukturierten Zugriff auf eigene Projekte und Publika-



tionen und damit kompetente wirtschaftswissenschaftliche Analysen aktueller Probleme in der Klimapolitik. Zielgruppe der Plattform sind sowohl Wissenschaftler als auch politische Entscheidungsträger und Journalisten. Die Seite, die bereits seit 2003 in englischer Sprache existiert, wurde jetzt überarbeitet und ist auch in einer deutschen Version verfügbar.

Die Forschungsschwerpunkte des ZEW-Teams im Bereich des Klimaschutzes sind internationale Politikmaßnahmen wie das Kioto-Protokoll und deren Umsetzung auf globaler beziehungsweise europäischer Ebene sowie Probleme der Regulierungsüberlagerung. Das Ziel der Forschung am ZEW ist es, für Politiker und private Entscheidungsträger Empfehlungen für die optimale Entwicklung von Klimaschutzsystemen anzubieten. Dazu verbindet das Institut qualitative und quantitative Forschungsansätze und agiert zugleich als Beobachter der internationalen Klimaverhandlungen.

Information: Dr. Bodo Sturm, sturm@zew.de

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Baden-württembergische Unternehmen schätzen das Image ihres Standorts

Unternehmen in Baden-Württemberg beurteilen das Image ihres Standorts positiv. Fast zwei Drittel (65 Prozent) von ihnen sind der Ansicht, dass Baden-Württemberg ein gutes Image hat. Weitere 30 Prozent schätzen das Standortimage als befriedigend ein. Dies ist ein Ergebnis der vierten repräsentativen FAZIT-Unternehmensbefragung, die das ZEW im November und Dezember 2006 in Baden-Württemberg durchgeführt hat.

An der FAZIT-Befragung beteiligten sich mehr als 800 baden-württembergische Unternehmen aus dem IT- und Mediensektor sowie aus Branchen, die IT- und Medientechnologien einsetzen. Zu diesen so genannten Anwenderbranchen gehören Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und des Bank- und Versicherungsgewerbes sowie Verkehrsdienstleister und technische Dienstleister.

## Hohe Unternehmensdichte macht den Standort attraktiv

Zahlreiche regionale Faktoren bestimmen die Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts. Neben dem Standortimage schätzen die Unternehmen in Baden-Württemberg vor allem die regionale Nähe zu Zulieferern sowie zu anderen Unternehmen derselben Branche. Knapp 53 beziehungsweise 50 Prozent beurteilen diese beiden Faktoren als gut, zudem 42 beziehungsweise 40 Prozent als befriedigend. Dieses Ergebnis kann auf die relativ hohe Dichte vor allem kleiner und mittelständischer Unternehmen im Land Baden-Württemberg zurückgeführt werden.

Auch mit der IT-Infrastruktur, die als Standortfaktor immer mehr an Bedeutung gewinnt, zeigt sich ein Großteil der Unternehmen in Baden-Württemberg zufrieden: Die Einschätzung von 43 Prozent der Unternehmen ist gut, die von weiteren 48 Prozent befriedigend. Lediglich ein Anteil von 9 Prozent zeigt sich mit der am Standort vorhandenen IT-Infrastruktur unzufrieden. Hierfür könnte die Versorgung mit Breitband-Internetanschlüssen eine Rolle spielen, die ins-

besondere in den ländlichen Regionen noch sehr lückenhaft ist.

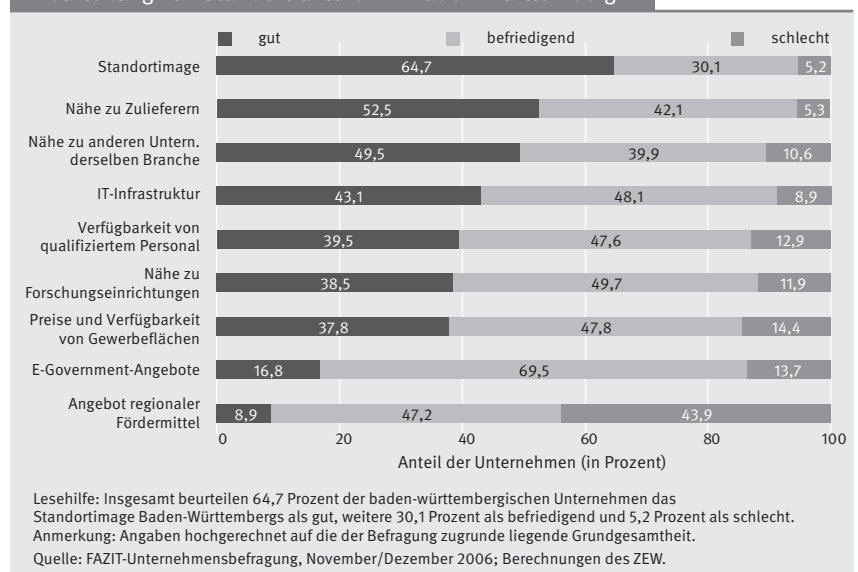
## Nachfrage nach qualifiziertem Personal steigt

Der vermehrte Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen erhöht die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften.

menden Ausscheidens älterer qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Arbeitsleben droht sich diese negative Tendenz in den kommenden Jahren noch zu verstärken. Um den Anteil qualifizierter Arbeitskräfte im Land zu stabilisieren beziehungsweise zu erhöhen, sind verstärkte Aus- und Weiterbildungsaktivitäten von Unternehmen erforderlich.

Mit dem Angebot regionaler Fördermittel sowie dem E-Government-Angebot zeigen sich die baden-württembergischen Unternehmen des IT- und Mediensektors und der Anwenderbranchen weniger zufrieden. Als gut bezeichnet diese Standortfaktoren nur ein Anteil

Beurteilung von Standortfaktoren in Baden-Württemberg



Nach Einschätzung von 40 Prozent der Unternehmen des IT- und Mediensektors und der Anwenderbranchen ist die Situation im Hinblick auf die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal in Baden-Württemberg gut. Neben weiteren 48 Prozent, die die Situation als befriedigend einschätzen, ist ein Anteil von immerhin 13 Prozent der Ansicht, dass Fachkräfte nur unzureichend verfügbar sind. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des zuneh-

von 9 beziehungsweise 17 Prozent. 44 Prozent beurteilen das Angebot regionaler Fördermittel sogar als schlecht.

Das „Forschungsprojekt für aktuelle und zukunftsorientierte IT und Medientechnologien und deren Nutzung in Baden-Württemberg“ (FAZIT) ist ein vom Land Baden-Württemberg gefördertes gemeinnütziges Forschungsprojekt. Informationen im Internet unter: [www.fazit-forschung.de](http://www.fazit-forschung.de)

Katrin Schleife, [schleife@zew.de](mailto:schleife@zew.de)

# Die wirtschaftliche Kraft des Sozialen

Zu einem Vortrag über das Thema „Die wirtschaftliche Kraft des Sozialen“ konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz Ende Februar 2007 den Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung begrüßen. Rund 250 Gäste waren der Einladung zu dieser Veranstaltung gefolgt.

Deutschland, konstatierte Franz Müntefering, sehe sich großen Herausforderungen gegenüber: Die Unternehmen stünden durch die Globalisierung in einem harten, weltweiten Wettbewerb. Mehr als vier Millionen erwerbsfähige Menschen hätten derzeit keine Arbeit, während gleichzeitig Qualifizierungsdefizite drohten. Die demografische Entwicklung bringe die Sozialsysteme in Bedrängnis. Es bedürfe großer Anstrengungen, um auch in Zukunft Wachstum, Arbeit, Wohlstand und den Fortbestand des Sozialen in Deutschland zu sichern.

Das Potenzial hierzu sei durchaus vorhanden, befand der Minister, es müsse nur genutzt werden. So zeige eine international vergleichende Standortanalyse, dass Deutschland nach den USA und China der attraktivste Standort weltweit sei. Besonders gelobt würden in der Studie am Standort Deutschland die Infrastruktur, die Attraktivität des Binnenmarkts, die Qualität von Forschung und Entwicklung und die gute Ausbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Anlass zu Zuversicht, so Müntefering, gäben in Deutschland derzeit auch die mit 2,7 Prozent Wachstum gute wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr und die günstige Perspektive für das Jahr 2007. Auch am Arbeitsmarkt zeige sich endlich eine Besserung. So habe es im Januar 2007 764.000 Arbeitslose weniger gegeben als ein Jahr zuvor, gleichzeitig aber 428.000 sozialversicherungspflichtige Jobs mehr.

Diesen positiven Trend wolle die Regierung weiter fördern. Deshalb die Unternehmenssteuerreform, deshalb

die Senkung der paritätisch finanzierten Lohnnebenkosten unter 40 Prozent, deshalb Investitionen in Infrastruktur und Forschung. Und deshalb eine Industriepolitik, die darauf abziele, die hervorragende Positionierung, Leistungsstärke und das hohe technologische Niveau der deutschen Industrie

Ein Problem ist für Müntefering das Phänomen der „working poor“. Es dürfe nicht sein, dass jemand, der Vollzeit arbeite, davon nicht leben könne. Müntefering befürwortet deshalb, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wo immer erforderlich, für ihre Branche tarifliche Mindestlohnhöhen definieren.



Bundesminister Franz Müntefering bei seinem Vortrag am ZEW.

Foto: ZEW

aufrecht zu erhalten. Von größter Bedeutung sind für Müntefering aber auch Investitionen in Bildung, Ausbildung und Qualifizierung. Nur durch das Wissen und Können seiner Menschen könne sich Deutschland im internationalen Wettbewerb an der Spitze behaupten.

## Zentrale Bedeutung der Arbeitsmarktpolitik

Bei der erfolgreichen Bewältigung der Umbruchsituation, in der sich Deutschland befindet, kommt der Arbeitsmarktpolitik für Müntefering zentrale Bedeutung zu. Die Verringerung der Arbeitslosigkeit sei die wirkungsvollste Methode, um die Zukunftszuversicht der Menschen zu stärken und die Lage der Steuereinnahmen und der sozialen Sicherungssysteme zu verbessern. Es müssten daher verstärkt Angebote gemacht werden, die die Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitslosen steigerten und ihre Jobchancen im ersten Arbeitsmarkt verbesserten.

Zum Ende seines Vortrags machte der Minister allerdings auch deutlich, dass der, der das Soziale als wirtschaftliche Kraft erhalten und stärken wolle, sich notwendigen Veränderungen nicht verschließen dürfe, damit der Sozialstaat seine Aufgaben auch morgen noch erfüllen könne. Wandel sei notwendig, um flexibel auf die demographische Entwicklung, Effekte der Globalisierung oder drastische Veränderungen der Umwelt reagieren zu können. Wichtig sei jedoch, bei allen Veränderungen den Menschen im Blick zu behalten. Es dürfe nicht passieren, dass der Markt die Politik oder ganze Gesellschaften kolonialisieren. Wenn die Wirtschaft – wie die Gesellschaft insgesamt – sich bei ihrem Handeln nicht an ethischen Grundsätzen orientiere, werde sie scheitern, moralisch, aber auch materiell. Müntefering: „Erst wenn wir das Soziale zu einer wirtschaftlichen Kraft machen, sichern wir auch langfristig Prosperität und Beschäftigung.“

Gunter Grittmann, [grittmann@zew.de](mailto:grittmann@zew.de)

## ZEW INTERN

**Auszeichnung für Ulrich Oberndorfer**

Ulrich Oberndorfer, Wissenschaftler des ZEW-Forschungsbereichs Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement, ist auf der 5. Internationalen Energiewirtschaftstagung an der Technischen Universität Wien im Februar 2007 für sein Papier „Environmentally Oriented Energy Policy and Stock Returns: An Empirical Analysis“ mit einem „Young Scientist Best Paper Award“ ausgezeichnet worden. In der prämier-

ten Studie (ZEW Discussion Paper No. 06-079) untersuchen Ulrich Oberndorfer und Andreas Ziegler die Auswirkungen der Bundestagswahl 2002 auf die Aktienrenditen deutscher Energieunternehmen. Sie zeigen, dass sich der Wahlsieg der rot-grünen Koalition und damit ihre im Wahlkampf angekündigte „grüne Energiepolitik“ nicht negativ auf die Finanzmarktpflege der Versorgerfirmen auswirkte.

**Eggert Voscherau neues Mitglied im ZEW-Aufsichtsrat**

Dr. h.c. Eggert Voscherau, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BASF AG, ist in den Aufsichtsrat des ZEW berufen worden. Voscherau folgt Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Strube nach, der im Februar 2007 nach langjähriger Mitgliedschaft aus dem ZEW-Aufsichtsrat ausgeschieden war. Voscherau war bereits seit Januar 2003 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des ZEW.

## TERMIN

**Mannheimer Unternehmenssteuertag am 21. Juni 2007**

Das ZEW führt in Kooperation mit der Universität Mannheim am 21. Juni 2007 erstmalig den „Mannheimer Unternehmenssteuertag“ durch. In diesem Jahr stehen die Unternehmenssteuerreform 2008 in Deutschland sowie Umstrukturierungen und Unternehmensübertragungen im Vordergrund.

Der „Mannheimer Unternehmenssteuertag“ richtet sich an Finanzvorstände und Leiter von Steuerabteilungen, aber auch an Finanz- und Steuerfachleute großer und mittlerer Unternehmen sowie Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Die Veranstaltung beinhaltet sowohl Vorträge als auch Workshops mit der Möglichkeit zu ausführlichen Diskussionen. Hierdurch erhalten die Teilnehmer fundierte Ratschläge und Gestaltungsmöglichkeiten für die betriebliche Steuerplanung und -gestaltung. Information und Anmeldung: [www.zew.de/Veranstaltungen](http://www.zew.de/Veranstaltungen)

## EXPERTENSEMINARE

- 7.5.2007 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen I: Vektor-Autoregressive Modelle
- 8.5.2007 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen II: Nicht-stationäre Zeitreihen und Kointegration
- 9.5.2007 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen III: Erstellung von Prognosemodellen
- 9.5.2007 Pflichten der Geschäftsführer, Vorstände und Aufsichtsräte im Rahmen der Rechnungslegungsvorschriften.
- 10./11.5.2007 Netzwerkanalyse – Eine anwendungsorientierte Einführung
- 16.5.2007 Training for IFRS – Latente Steuern
- 21.5.2007 Panelökonometrie I – Grundlagen: Grundmodelle der Panelökonometrie
- 22.5.2007 Panelökonometrie II – Nicht-stationäre Paneldaten
- 23.5.2007 Verrechnungspreise II: Aktuelle Problemfelder
- 24.5.2007 7. EU-Forschungsrahmenprogramm (2007-2013) – Erfolgreicher Antrag auf EU-Fördermittel

ZEW-Expertenseminare im Internet: [www.zew.de/Weiterbildung](http://www.zew.de/Weiterbildung)  
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail [pauli@zew.de](mailto:pauli@zew.de)

## ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 07-008, Andreas Ammermüller, Claudio Lucifora, Federico Origo, Thomas Zwick: Still Searching for the Wage Curve: Evidence from Germany and Italy.  
No. 07-009, Bernd Fitzenberger, Robert Voelter: Long-Run Effects of Training Programs for the Unemployed in East Germany.

No. 07-010, Michael Gebel, Friedhelm Pfeiffer: Educational Expansion and its Heterogeneous Returns for Wage Workers.  
No. 07-011, Dirk Czarnitzki, Andrew A. Toole: Exploring the Relationship Between Scientist Human Capital and Firm Performance: The Case of Biomedical Academic Entrepreneurs in the SBIR Program.

No. 07-012, Reint Gropp, Arjan Kadareja: Stale Information, Shocks and Volatility.  
No. 07-013, Knut Blind, Katrin Cremers, Elisabeth Müller: The Influence of Strategic Patenting on Companies' Patent Portfolios.

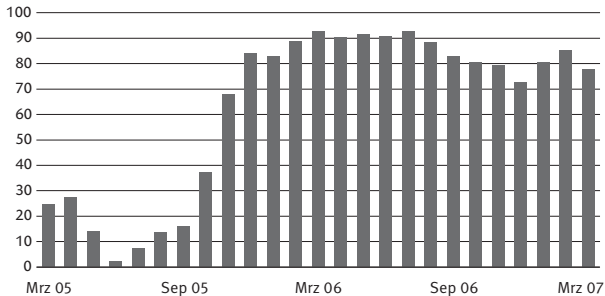
No. 07-014, Bernhard Boockmann, Susanne Steffes: Seniority and Job Stability: A Quantile Regression Approach Using Matched Employer-Employee Data.

No. 07-015, Friedhelm Pfeiffer, Karsten Reuß: Age-dependent Skill Formation and Returns to Education.

No. 07-016, Oliver Himmler, Robert Schwager: Double Standards in Educational Standards – Are Disadvantaged Students Being Graded More Leniently?  
No. 07-017, Kathrin Göggel: Sinkende Bildungsrenditen durch Bildungsformeln? Evidenz aus Mikrozensus und SOEP.

DATEN UND FAKTEN

### ZEW-Finanzmarkttest im März 2007

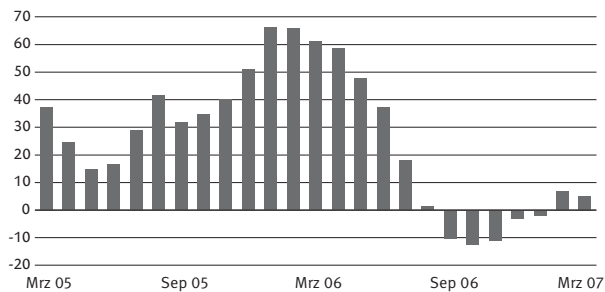


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

#### EZB: „Nicht der Gipfel im Zinszyklus“

Auch nach der jüngsten Zinserhöhung haben die Zinsen in der Eurozone laut EZB-Präsident Jean-Claude Trichet ihren Gipfel im Zinszyklus noch nicht erreicht. Vielmehr werde die EZB die weitere Entwicklung „sehr genau beobachten“. Dennoch waren die Formulierungen der EZB zurückhaltender als bisher. Sie ordnete die Geldpolitik „auf der akkomodierenden Seite“ ein und bezeichnete das Zinsniveau als „moderat“ statt bisher „niedrig“. Angesichts dieser Aussagen rechnen 80 Prozent aller Experten mit einer weiteren Zinserhöhung.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



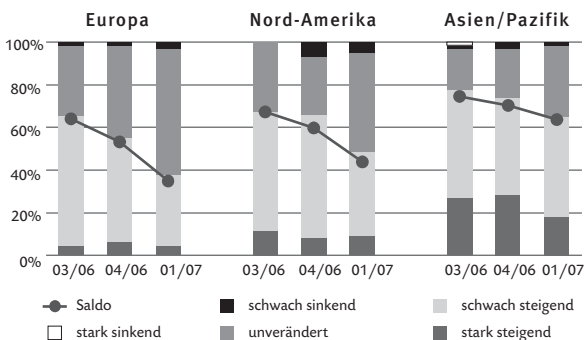
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

#### Euroraum: Konjunkturerwartungen stabil

Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben sich im März geringfügig um 1,7 auf 5,1 Punkte verschlechtert und liegen damit etwas unter dem Wert der Konjunkturerwartungen für Deutschland. Damit wird Deutschland den Finanzmarktexperten zufolge der Wachstumsmotor im Eurogebiet sein. Der jüngste Datenreigen brachte der Eurozone zwar vorwiegend gute Nachrichten, jedoch lässt die zuletzt verhaltene Wachstumsdynamik in den Vereinigten Staaten befürchten, dass die weltweite Konjunktur erste Anzeichen einer Abkühlung zeigt.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

### Gedämpfte Wachstumserwartungen im europäischen Luftfrachtverkehr

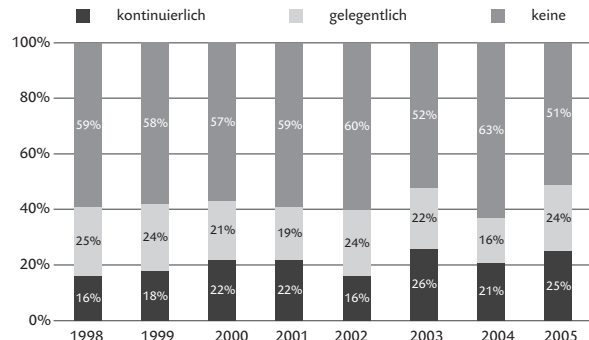


Quelle: ZEW

Der Luftfrachtverkehr mit dem Asien-Pazifik-Raum bleibt nach Meinung einer Mehrheit der Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW weiterhin ein Wachstumsmarkt. Rund 65 Prozent der befragten Experten rechnen für die Asien/Pazifik-Relation mit einem steigenden Luftfrachtaufkommen, davon knapp 20 Prozent sogar mit einem starken Anstieg der Transportmengen. Hingegen gehen nur knapp 40 Prozent der Experten von einem weiteren Wachstum im europäischen Luftfrachtverkehr aus. Vor einem halben Jahr waren im Europaverkehr noch 65 Prozent von einem weiteren Wachstum überzeugt.

Victoria Alexeeva-Talebi, alexeeva-talebi@zew.de

### Gummi- und Kunststoffverarbeitung: Forschung und Entwicklung auf hohem Niveau



Quelle: ZEW

Die Unternehmen der deutschen Gummi- und Kunststoffverarbeitung haben ihre Innovationen im Jahr 2005 wieder deutlich stärker auf Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten (FuE) gestützt. Der Anteil der FuE betreibenden Unternehmen ist im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr um 12 Prozentpunkte angestiegen und erreicht mit 49 Prozent den höchsten Wert seit acht Jahren. Ein Viertel der Unternehmen in der Gummi- und Kunststoffverarbeitung hat kontinuierlich FuE betrieben. Dabei ist die Quote bei großen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten besonders hoch (92 Prozent).

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

## STANDPUNKT



## Diskriminierung

Die Diskriminierung von Rauchern seitens der Öffentlichkeit grenzt mitunter ans Hysterische. So reiz beispielsweise bereits der bloße Anblick eines Rauchers, der allein auf einer Bank in einem ansonsten fast menschenleeren Park sitzt und niemanden behelligt, so manchen Eiferer, den Betreffenden mit allerlei Belehrungen und Beschimpfungen zu attackieren. Das steigert natürlich das moralische Selbstwertgefühl solcher Oberlehrer, zumal sich das Opfer nicht wehren soll.

Die Politik hat die Raucher ebenfalls aufs Korn genommen. Da es sich bei diesen um eine Minderheit handelt, kann sich die Politik der Wählergunst der nicht rauchenden Mehrheit gewiss sein. Bildeten die Raucher die Mehrheit, hielte sich der Enthusiasmus einiger Politiker vermutlich in Grenzen. Die rund 13 Milliarden Euro Einnahmen aus der Tabaksteuer stoßen in der Politik hingegen alles andere als auf erbitterten Widerstand. Mehr noch, Erhöhungen der Tabaksteuer wurden seinerzeit mit den gestiegenen Finanzierungskosten der inneren Sicherheit begründet, ebenso wie die der Mineralölsteuer mit der Unterstützung der gesetzlichen Rentenversicherung, frei nach dem Motto: Rauchen für die Sicherheit, Rasen für die Rente. Wenigstens bei den Subventionen für den Tabakanbau gibt es ein Umdenken. Sie sollen entfallen und nunmehr Anreize bieten, den Tabakanbau aufzugeben.

Völlig in Ordnung geht, dass am Arbeitsplatz und in öffentlichen Gebäuden, aber beispielsweise auch in Restaurants dem zwangsweisen Passivrauchen Einhalt geboten wird. Das spricht dafür, es den Wirten anheim zu stellen, ob sie entweder ein Raucher- oder ein Nichtraucher-Restaurant führen wollen und dies sichtbar zu kennzeichnen. Dann könnten die Gäste nach ihren individuellen Präferenzen entscheiden. Nicht wenige würden ein Raucher-Restaurant aufsuchen. Denn die Drogenbeauftragte der Bundesregierung wird in der Presse mit der Angabe zitiert, zwei Drittel der Menschen in Deutschland wollten rauchfreie Gaststätten. Wenn dem so ist,

haben immerhin mehr als 20 Millionen Erwachsene nichts gegen Raucher-Gaststätten. Stattdessen fasst die Politik in nahezu allen Gaststätten Rauchverbote ins Auge, von „Eckkneipen“ und „Bierzelten“ vielleicht abgesehen. Besonders stramme Verfechter von Rauchverboten möchten diese auf Autos und vielleicht demnächst auf Privatwohnungen ausgedehnt sehen. Wo kämen wir denn hin, wenn jemand ungestört und ungestraft auf seiner Terrasse einen schönen Sommerabend mit einem Glas Rotwein und einer guten Zigarre genießen würde? Da empfiehlt sich doch die Einrichtung einer Anti-Raucher-Polizei mit Entlohnung auf Prämienbasis. Sie löst als erfreulichen Nebeneffekt überdies die hiesigen Arbeitsmarktprobleme.

Zudem schützt diese Polizei die Raucher vor sich selbst, weil diesen als Nichtraucher ein längeres Leben beschieden ist. Möglicherweise trifft es zu, dass Raucher die Krankenkassen finanziell stärker belasten als Nichtraucher. Aber es gibt wissenschaftliche Untersuchungen, die zu dem gegenteiligen Resultat gelangen, wenn nämlich die Gesundheitsausgaben, die in den durch das Nichtrauchen gewonnenen zusätzlichen Lebensjahren anfallen, die vorher ersparten Kosten auf Grund des Nichtrauchens mehr als aufwiegen. Wenn aber die Krankenkassen doch per Saldo durch Raucher belastet würden, wäre ein entsprechend höherer individueller Arbeitnehmerbeitrag diskussionswürdig, aber dann bitte ebenso für Fettleibige oder Alkoholiker. Als Gegenposten wäre allerdings genauso ein Abschlag bei den Beiträgen der Raucher zur Rentenversicherung gerechtfertigt, weil sie nämlich kürzer leben, von Winston Churchill und anderen (prominenten) Persönlichkeiten einmal abgesehen.

Neulich habe ich folgenden Satz gelesen, der zu denken geben sollte. "If you give up drinking, smoking and sex, you don't live longer. It just seems like it."

Wolfgang Franz

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

**Redaktion:** Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [voss@zew.de](mailto:voss@zew.de)

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [grittmann@zew.de](mailto:grittmann@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2007